

Wahlprüfsteine Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2016

Wir, die Milchviehhalter in Rheinland-Pfalz, haben an die Politik wichtige Zukunftsfragen. Wir sehen mit der Landtagswahl Möglichkeiten zur Weichenstellung für die Zukunft unseres Landes. Die Bundesländer haben über den Bundesrat große Verantwortung, sich aktiv in die Gestaltung der deutschen und europäischen Agrarpolitik einzubringen. Es geht um eine wirtschaftlich nachhaltige Landwirtschaft, die Zukunft der ländlichen Räume, die Schaffung von Wertschöpfung und den Erhalt von vielen Arbeitsplätzen. Wir erwarten ehrliche Antworten aller Parteien, weil die Zukunft der Milch uns alle angeht!

I. Milchmarkt – Gemeinsame Marktordnung

Der Milchmarkt befindet sich in einer immensen Krisensituation. Zum dritten Mal innerhalb von sechs Jahren sind die Milchviehhalter, wie auch andere Tierhaltungssparten, auf staatliche Hilfspakete und die Gewährung neuerlicher Liquiditätsdarlehen angewiesen. Durch den Milcherzeuger-preisrückgang auf deutlich unter 30 Cent je Kilogramm entstehen Verluste, die sich in 2015 alleine für Rheinland-Pfalz auf mindestens 110 Mio. Euro, europaweit auf rund 20 Milliarden Euro, summieren werden.

Ursächlich für diese neuerliche Milchmarktkrise ist vor allem die Ausweitung unserer EU-Milchproduktion. In 2014 wurden in der EU über 6 Mio. Tonnen mehr Milch produziert und 2015 dürfte eine Steigerung von mehr als 2 Mio. Tonnen zustande kommen. Damit wird der globale Milchmarkt trotz einer kontinuierlich vorhandenen Nachfragesteigerung sozusagen geflutet.

Bestätigt hat sich die seit langem angenommene Annahme, dass das bestehende Sicherheitsnetz für den EU-Milchmarkt nicht in der Lage ist, diesen krisenhaften Entwicklungen gegen zu steuern.

Fragen:

1. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den EU-Milchmarkt wieder in ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu bringen und damit zur umgehenden Behebung der Milchmarktkrise beizutragen?
2. Der BDM e. V. hat mit dem Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzept einen Vorschlag zur Verhinderung dieser sich regelmäßig wiederholenden, massiven Milchmarktkrisen vorgelegt. Dieser wird auf europäischer Ebene vom European Milk Board mitgetragen und eingefordert. Darin werden bestehende Instrumente des EU-Sicherheitsnetzes mit Instrumenten, die in der Lage wären, zeitlich befristet auf die EU-Milchmengenentwicklung Einfluss zu nehmen, kombiniert. Wie steht Ihre Partei im Fall schwerer Marktkrisen zu Überlegungen, die Angebotsmenge mit zeitlich befristeten Marktmaßnahmen an die reale Nachfrage anzupassen?
3. Die EU-Kommission geht laut einer kürzlich veröffentlichten Verlautbarung von einem möglichen Milchpreisniveau zwischen 32 und 34 Cent bis 2020 aus. Erst danach könnte sich ein Milcherzeugerpreis von über 35 Cent je Kilogramm einstellen. Sieht Ihre Partei ein solches Milchpreisniveau für realistisch und ausreichend an, die Milchviehhaltung in unserem Bundesland zu halten?
4. Laut den Ergebnissen der Sektoruntersuchung Milch des Bundeskartellamts besteht ein markantes Marktmachtgefälle zu Ungunsten der Milchviehhalter, besonders im genossenschaftlichen Bereich. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie diesem untragbaren Zustand abgeholfen werden kann?

II. Gemeinsame EU-Agrarpolitik - Halbzeitbewertung 2017

Mit den Beschlüssen zur GAP 2013 wurden verschiedene Möglichkeiten geschaffen, die Verteilung und Bezahlung der Agrargelder auf nationaler Ebene umzustellen. Begonnen hat auch schon die Debatte um die Gestaltung der GAP ab 2020.

Fragen:

1. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 30 Prozent des Direktzahlungsvolumens für eine erhöhte Förderung der

ersten Hektare zu verwenden und damit die kleineren und mittleren Betriebe deutlich besser zu stellen als bisher?

2. Wie steht Ihre Partei zu der auf nationaler Ebene eingeräumten Möglichkeit, bis zu 15 Prozent des Direktzahlungsvolumens von der ersten in die zweite Säule und damit deutlich mehr als bisher umzuschichten?
3. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen die Bezahlung der Direktzahlungen ab 2020 noch stärker an gesellschaftlich für notwendig erachtete Leistungen der Landwirtschaft zu binden?
4. Wie steht Ihre Partei zu Überlegungen, dabei auch den Faktor Arbeitskraft stärker mit zu berücksichtigen?

III. Freihandelsabkommen (Ceta, TTIP u.a.)

Der Export von Milchprodukten ist zu einem wichtigen Bestandteil des EU-Milchmarktes geworden. Durch die geplanten bzw. noch zu ratifizierenden Freihandelsabkommen sehen Befürworter zunehmende Marktpotentiale von EU-Milchprodukten als große Chance für die EU-Milchviehhalter.

Fragen:

1. Wie steht Ihre Partei zu geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA bzw. auch mit anderen Ländern, welche realistischen Chancen für mehr Marktpotential sieht Ihre Partei dadurch tatsächlich?
2. Kann sich Ihre Partei vorstellen, die Landwirtschaft aus den jeweiligen Verhandlungen auszuklammern?

IV. Agrarpolitische Ansätze auf Bundes- und Länderebene

Die EU räumt den Mitgliedsländern einen immer größer werdenden Spielraum bei der nationalen Umsetzung der EU-Beschlüsse ein. Des Weiteren wird durch die Gestaltung von Verordnungen „Agrarpolitik“ gemacht, die nicht unerheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Situation unserer Betriebe haben können.

Fragen:

1. Welche Position nimmt Ihre Partei zur Novellierung der Düngeverordnung ein?
2. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, beim Kennzeichnungsrecht, insbesondere bei der Herkunftsbezeichnung, dahingehend zu wirken, die Herkunft und Zusammensetzung der Nahrungsmittel durchgängig nachvollziehbar zu machen?
3. Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft stellte Handlungsbedarf bei der Nutztierhaltung fest. Sieht Ihre Partei Handlungsbedarf im Sinne des Gutachtens, wenn ja, welche Vorstellungen zur Finanzierung des Umbaus der Tierhaltungssysteme hat Ihre Partei?